

FAZIT

Nach alledem ist zu sagen, dass es dem Gesetzgeber durch die Kodifikation des Rechts auf rechtliches Gehör in Art. 16 Abs. 4 MZK gelungen ist, das bis jetzt bestehende komplizierte Zusammenspiel im Zollrecht von einzelnen unionsrechtlichen Regelungen, nationalrechtlichen Vorschriften und dem von der Rechtsprechung entwickelten allgemeinen Rechtsgrundsatz des Rechts auf rechtliches Gehör abzulösen. Nunmehr steht dem Beteiligten bei Erlass belastender Entscheidungen ein allgemeines Anhörungsrecht zu. Dies ist nicht nur ein großer Schritt zur Sicherung der Verteidigungsrechte des Einzelnen im Verwaltungsverfahren. Die Kodifizierung trägt auch in erheblicher Weise zur seit den Anfängen der Union angestrebten Rechtssicherheit und Rechtseinheit bei. Sie kann als weiterer Schritt zur Schaffung eines allgemeinen europäischen Verwaltungsrechts gesehen werden.

Quellen und weiterführende Hinweise

- EuGH v. 31.8.1962, Rs. 25/62, Plaumann, Slg. 1963, 211.
- EuG v. 9.11.1995, Rs. T-346/94, France Aviation, Slg. 1995, II-2843.
- EuGH v. 18.12.2008, Rs. C-349/07, Soprope, Slg. 2008, I-0369.
- EuGH v. 17.6.2010, Rs. C-423/08, Kommission/Italien, Slg. 2010, 1582.
- Witte, Zollkodex (Kommentar), 5. Auflage 2009.
- Witte/Witte, Rechtliches Gehör bei Nacherhebung von Zöllen, AW-Prax 2009, S. 406.
- Witte/Witte, Nacherhebung, rechtliches Gehör und Eigenmittel, AW-Prax 2010, S. 470.
- Witte, Karina, Das Recht auf rechtliches Gehör im Modernisierten Zollkodex, Witten 2012.
- Gellert, Gesamtschuld bei Erlass/Erstattung, AW-Prax 2011, S. 353.
- Entwurf zur MZK-DVO, Stand Januar 2011, TAXUD/MCCIP/2010/100-2.



Iran-Embargo (EU/USA): Risiken und Steuerungsmöglichkeiten

Aktuelle Beratungsfälle und aktuelle Neuentwicklungen



Von RA PD Dr. Harald Hohmann, Rechtsanwalt in Büdingen, Kanzlei Hohmann Rechtsanwälte

Immer wieder fragen Exportunternehmen, ob das Irangeschäft noch betrieben werden kann, weil der Eindruck vorherrscht, es sei zu risikobehaftet geworden. Das Irangeschäft darf fortgesetzt werden, wenn genügend Bereitschaft besteht, sämtliche Risiken zu minimieren. Was dies an güter- und personenbezogenen Prüfungen bedeutet, zeigt der Beitrag auf. Gleichzeitig verdeutlicht er die Auswirkungen der neuen Verschärfungen des Iran-Embargos vom

24.01.2012 sowie die Auswirkungen eines EuGH-Urteils vom Dezember 2011.

INHALT

- Die allgemeinen Prüfaufgaben beim Irangeschäft (und beim Handel mit seinen Nachbarländern)
- Guterprufungen: Die Ausfuhr von Pumpenteilen und petrochemischen Anlagen
- Personenprufungen: Insbesondere Fragen zur mittelbaren Bereitstellung
- Resümee: Steuerungsmöglichkeiten (trotz Risiken) und aktuelle Entwicklungen

Die allgemeinen Prüfaufgaben beim Irangeschäft (und beim Handel mit seinen Nachbarländern)

Ausgangsfall (der verflixte Ring): D möchte ein auf der Ausfuhrliste nicht gelistetes Dual-Use-Gut (z. B. Vitonringe) an den I im Iran liefern. Welche Risiken sind hierbei zu beachten und wie kann D sie minimieren?

Lösung des Ausgangsfalls:

Zu den Risiken: D muss sich der hohen Sanktionsmöglichkeiten eines Embargoverstoes (nach deutschem Recht bei Vorsatz Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis 5 Jahren und bei Fahrlässigkeit hohe Geldstrafen, und noch höhere Sanktionen beim US-Iran-Embargo, dazu gleich) bewusst sein. Er muss das Risiko derart minimieren, dass ein Embargoversto mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vermieden

wird, zumal sonst auch das Risiko erheblichen Reputationsverlustes besteht. Dies kann zu erheblichem Prüfaufwand führen, so dass sich die Folgerung aufdrängt, dass nur wirklich lukrative Irangeschafte betrieben werden sollten, um den hohen Prüfaufwand zu rechtfertigen. Diese Prüfungen sind auch dann anzustellen, wenn es um den Handel mit Irans Nachbarländern geht, soweit davon auszugehen ist, dass diese in den Iran weiterliefern.

Bereits wegen der Höhle dieser Sanktionen wird D sich dazu entschließen, das Risiko angemessen zu minimieren. Da er sich nur als letztes Mittel an das BAFA wenden wird, stellt sich die Frage, wie er konkret das Risiko minimieren kann.

Guterbezogen muss D prüfen, ob sein Gut nach der EU-Iran-Embargo-VO 961/2010 verboten oder genehmigungspflichtig ist. Ein guterbezogenes Iran-Lieferverbot würde dann bestehen, wenn es um die Lieferung von

- § 69 o AWW: Waffen, Rüstungsgütern
- Anhang I: gelisteten Dual-Use-Gütern (mit Ausnahme von Handys)
- Anhang II: weiteren nuklear-relevanten Gütern (nicht auf der AL gelistet)
- Anhang III: Repressionsgutern

- Anhang VI: Schlusselausrustung für Erdöl- und Erdgasgeschaft
- GASP-Beschluss 2012/35 vom 23.01.2012: wesentlicher Ausrüstung/ Technologie der petrochemischen Industrie Irans (Art. 4 a) oder:
- GASP-Beschluss 2012/35 vom 23.01.2012: Gold, Edelmetalle und Diamanten (Art. 4 c)

geht. Die ersten beiden Möglichkeiten können ausgeschlossen werden, da es um ein nicht gelistetes Dual-Use-Gut geht. Sofern auch keinerlei Zusammenhang mit Repressionsgutern, Erdölförderung, petrochemischer Industrie oder Gold/Edelsteinen besteht, können auch die Möglichkeiten 4 bis 7 ausgeschlossen werden. Die Prüfung würde sich dann konzentrieren auf die Frage, ob ein möglicher Nuklear- oder Raketen-Kontext besteht und das Gut daher auf Anhang II gelistet ist. In den meisten Fällen kann dies vom Exporteur selber oder durch einen Anwaltsvermerk geprüft werden. Bleiben rechtliche Zweifel, muss notfalls ein feststellender Verwaltungsakt des BAFA beantragt werden (der AzG-Antrag bezieht sich allein auf AL-Positionen).

Sofern geklärt ist, dass kein Lieferverbot eingreift, ist weiter zu prüfen, ob eine guterbezogene Genehmigungspflicht besteht. Diese besteht dann, wenn das Gut

- auf Anhang IV der VO 961/2010 gelistet ist oder
- nicht gelistet ist, aber Anhaltspunkte für eine sensitive Verwendung nach Art. 4 Dual-Use-VO (für ABC-Waffen/Raketen, für militärische Zwecke) oder nach § 5 d AWV (für ein Kernkraftwerk) bestehen.

Da sich auf Anhang IV Güter befinden, die auf der AL nicht gelistet sind, sollte diese Prüfung sehr sorgfältig erfolgen. Zu viele Unternehmen haben in der jüngsten Zeit etwa Anlagen mit auf Anhang IV gelisteten Vitonringen geliefert; diese Embargoverstofalle konnten bisher alle außergerichtlich eingestellt werden. Mit noch größerer Sorgfalt sollte geprüft werden, ob Anhaltspunkte für eine der genannten sensitiven Verwendungen bestehen. Die meisten Beratungsfälle hierzu betrafen

Iran-Lieferungen, bei denen eine der involvierten Personen auf der Fruhwarnliste gelistet waren oder über sie geheimdienstliche Erkenntnisse bestanden; häufig wird dieses Risiko also personenbezogen hergeleitet. Sofern sich aus der Fruhwarnliste etwa ergeben sollte, dass der Käufer I wegen nuklearer Beschaffungsmanahmen aufgefallen ist, muss D prüfen, ob das Risikopotential besteht, dass seine Güter nuklear-sensitiv sind. Sofern sie objektiv-technisch nicht für eine nukleare Verwendung genutzt werden können, sollte dies entsprechend schriftlich dokumentiert werden, unterstützt durch einen Anwaltsvermerk. Sofern allerdings das Risiko einer nuklearen Verwendung nicht genügend minimiert werden kann, sollte unbedingt ein Nullbescheid für diese Iran-Lieferung beantragt werden.

Personenbezogen muss D prüfen, ob I und die sonstigen am Geschäft Beteiligten (Firmen und ihre Repräsentanten) gelistet sind oder ob sich sonstige personenbezogene Risiken ergeben. Ein personenbezogenes Lieferverbot Iran würde sich ergeben, wenn I oder einer der in das Iran-Geschäft involvierten Dienstleister (Banken, Speditionen etc.) auf

- Anhängen VII oder VIII der VO 961/2010 oder
- EU-Terrorlisten

gelistet sind. Speditionen wie die iranische IRISL (Teheran), die koreanische SISCO (früher CISCO) oder die deutsche Hanseatic Trade Trust & Shipping (HTTS) und viele iranische Banken dürfen nicht beauftragt werden. Der Käufer I – und soweit bekannt auch der Endverwender – dürfen nicht gelistet sein. Diese Risiken sind in der Regel durch den Einsatz einer Exportsoftware zu klären. Wenn die Software eine sehr hohe Trefferwahrscheinlichkeit anzeigt, muss manuell nachgeprüft werden, ob Identität mit der gelisteten Person besteht. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich aufgrund des mittelbaren Bereitstellungsverbots: Nach Art. 16 Abs. 3 VO 961/2010 dürfen gelisteten Personen/Unternehmen „weder unmittelbar noch mittelbar Gelder/wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden“. Weiter unten ist darauf einzugehen, was das „mittelbare Bereitstellen“ genau bedeutet; nur ein Punkt vor-

neweg: Dies ist kein Umstand, der mittels der Exportsoftware geprüft werden kann! Zusätzlich sollte D prüfen, ob irgendwelche Warnhinweise dafür bestehen, dass I bisher in Proliferations-Aktivitäten involviert war. Hier empfiehlt sich eine Nachfrage bei der IHK, ob I auf der Fruhwarnliste geführt wird. Sofern trotz Nichtlistung auf der Fruhwarnliste noch Risiken gesehen werden, sollte eine Empfangerauskunft eingeholt werden.

Zusätzlich müssen die *Meldepflichten für Geldzahlungen* beachtet werden. Nach Art. 21 VO 961/2010 sind alle Iran-bezogenen Geldtransfers ab 10.000 EUR der Bundesbank zu melden, während Geldtransfers ab 40.000 EUR von der Bundesbank zu genehmigen sind. D sollte nachfragen, ob sich seine Hausbank an diese Pflichten hält (hilfsweise muss er dies selber melden). Trotz der zunehmenden Bemühungen, die Exportfinanzierungen mit Iran „auszutrocknen“, gibt es noch wenige deutsche Banken, die u. U. bereit sind, D bei der Exportfinanzierung zu unterstützen.

Fallabwandlung (das verflixte Gerät):

Bei seiner Prüfung stellt D fest, dass das Dual-Use-Gerät, das er an I liefern will, US-Komponenten enthält. Was muss er nun zusätzlich beachten?

Lösung der Abwandlung:

Die *Sanktionen* nach US-Exportrecht sind noch höher als im deutschen Recht: Nach dem IEEPA drohen bei Vorsatz Geldstrafen bis zu 1 Mio. \$ oder Freiheitsstrafe bis zu 20 Jahren, bei Fahrlässigkeit Geldbußen bis zu 250.000 (Individuen)/500.000 \$ (Gesellschaften) oder dem zweifachen Wert der Transaktion. Sofern ein Verstoß nach den EAR verfolgt wird, sind diese Sanktionen etwas geringer; dafür kann allerdings u. U. auch für einige Jahre das Recht entzogen werden, mit den USA Handel zu treiben!

Guterbezogen muss D prüfen, ob es sich um US-Güter handelt oder um Güter *made in the EU*, die mehr als minimal US-Komponenten enthalten. Da hier die EAR durch die *Iranian Transaction Regulations* (ITR) des OFAC verdrängt werden und D keine US-Person ist und auch nicht aus den USA liefert, geht es um die Anwendung des §

560.205 ITR. Danach besteht (ohne eine i. d. R. nicht erhältliche Genehmigung) ein Lieferverbot Iran für den Re-Export von europäischen Gütern mit US-Komponenten, sofern der Wert der in das Gerät eingefügten US-Komponenten mindestens 10% des Gesamtwertes des Gerätes ausmacht und keine substantielle Transformierung der US-Komponenten stattfindet. Daher muss D seine Lieferanten befragen, ob und mit welchem Wertanteil US-Komponenten in das Gerät eingebaut wurden. Im Zweifel wird D hierzu Plausibilitäts-Prüfungen vornehmen müssen, vor allem bei unklaren oder widersprüchlichen Angaben. Die Antworten hierzu muss er gut dokumentieren, um nachweisen zu können, ob der Wert unter 10% lag oder nicht.

Personenbezogen muss D vor allem zugsatzlich prüfen, ob einer der im Irangeschäft involvierten Personen auf US-Listen geführt ist. Hieraus würde sich ein Liefer- bzw. Auftragsverbot ergeben.

Guterprufungen: Die Ausfuhr von Pumpenteilen und petrochemischen Anlagen

Sehr viel höher wird der Prüfaufwand, wenn es um die Ausfuhr von embargo-kritischen Gütern geht, wie die folgenden Fälle zeigen.

Ausfuhr der Pumpenteile:

Der D in Deutschland möchte Pumpenteile an den Olforderer I im Iran liefern. Für D geht es um einen Lieferwert von 6 Mio. EUR, der innerhalb eines Jahres geliefert werden soll. Die Güter enthalten keine US-Komponenten. Welche Risiken bestehen für D nach EU- und US-Recht?

Lösung:

Hier bestehen erhebliche Anhaltspunkte für ein Lieferverbot nach EU-Exportrecht wegen des Kontextes mit der Ölförderung im Iran. Die Pumpenteile wären von Anhang VI erfasst, wenn sie „besonders konstruierte Bestandteile für Pumpen wären, die besonders konstruiert zur Beförderung von Rohöl und Kraftstoffen“ mit einer bestimmten Kapazität sind (Nr. 2.A.12). Es ist daher zu prüfen, ob die technische Beschaffenheit/Konstruktion und die typische Verwendung für die „Beförderung von Kraftstoffen“

sprechen. Nur sofern D schriftlich nachweisen kann, dass die Pumpen überwiegend für „Nicht-Kraftstoff-Medien“ (z. B. für Wasser, etc.) genutzt werden, wird es ihm gelingen, das BAFA von einer Nichtlistung auf Anhang VI zu überzeugen.

Nach US-Exportrecht besteht das Risiko vor allem in einem möglichen Verstoß gegen den CISADA (*Comprehensive Iran Sanctions Accountability & Divestment Act 2010*). Hiernach sind für Nicht-US Personen u. a. bedeutende Investitionen in Irans Erdölwirtschaft verboten, wenn diese zur Förderung von Irans Fähigkeit, seine Erdölfelder zu erschließen, beitragen können. Dies ist hier der Fall. „Erheblich“ sind sie dann, wenn die Schwellenwerte von mindestens 1 Mio. \$ (bzw. kumuliert 5 Mio. \$ pro Jahr) überschritten werden. Da auch dieser Wert erreicht wurde (Jahreslieferwert ist 6 Mio. EUR), liegt nach dem Wortlaut ein CISADA-Verstoß vor. Zur Risikominimierung bietet sich an, die Investitionen erheblich zu reduzieren auf einen Jahres-Lieferwert von maximal 4 Mio. \$. Sofern Besonderheiten der Fallgestaltung vorliegen sollten (in einem Beratungsfall ging es um indirekte Lieferungen über Japan in den Iran), kann auch eine *Advisory Opinion* beantragt werden, ob diese Lieferung überhaupt vom CISADA erfasst ist.

Ausfuhr der petrochemischen Anlage:

D möchte außerdem sowohl Wärmetauscher als auch eine petrochemische Anlage nicht in den Iran, sondern nach Dubai an den V in den VAE liefern. Ist ihm diese Ausfuhr nach EU-Recht erlaubt?

Lösung:

Sofern es sich um in Anhang VI gelistete Wärmetauscher handelt (vgl. Nr. 2.A.1), ist es dem D nach Art. 8 EU-Iran-Embargo-VO verboten, diese „unmittelbar oder mittelbar an iranische Personen oder zur Verwendung im Iran auszuführen“. Es fragt sich, ob V in Dubai eine solche „iranische Person“ ist. Zu ihnen gehören nach Art. 1 lit. m alle juristischen Personen „innerhalb oder außerhalb Irans, die sich im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle“ einer juristischen Person mit Sitz im Iran befinden. Wenn die iranische Gesellschaft I mindestens

50% Anteile am V halten würde, kann geschlussfolgert werden, dass V sich im Eigentum der I befindet. Hingegen ist unklar, unter welchen Voraussetzungen die Annahme begründet ist, dass die V „unter der direkten oder indirekten Kontrolle“ der I steht. Hierfür wird in jedem Fall eine sehr intensive Einflussnahme der I auf die Geschäfte der V erforderlich sein. Der Begriff der „indirekten Kontrolle“ erscheint hingegen aus rechtsstaatlichen Gründen als fragwürdig.

Nach dem novellierten Art. 4 a des GASP-Beschlusses 2010/413 ist der „Verkauf bzw. die Lieferung“ von wesentlichen Ausrüstungen/Technologien der petrochemischen Industrie durch EU-Staatsangehörige verboten, „wenn sie für die petrochemische Industrie in Iran oder für iranische Unternehmen bestimmt sind, die außerhalb Irans in diesem Industriezweig tätig sind“. Zunächst fällt auf, dass hier anstelle des Wortes „Ausfuhr“ das Wort „Lieferung“ verwendet wird, was im Zweifel dazu führen wird, dass auch rein-innerdeutsche Lieferungen durch diesen Art. 4 a verboten sein können, falls der dort genannte Erfolg eintritt. Nach diesem Verbotstatbestand muss der Erfolg dieser Lieferung darin bestehen, dass entweder ein iranisches Unternehmen der Petrochemie im Iran oder ein außerhalb Irans ansässiges iranisches Unternehmen der Petrochemie Kufer oder Endverwender ist. Es fragt sich, ob auch V von diesem Tatbestand erfasst wird. V ist ein außerhalb Irans ansässiges Unternehmen der Petrochemie. Zur Frage, ob es sich um ein „iranisches Unternehmen“ handelt, wird man im Zweifel wieder die Kriterien für „im Eigentum“ (und auch für „unter der direkten/indirekten Kontrolle“?) der iranischen Person heranziehen können. Sofern I mindestens 50% Anteile an V hält, wäre V ein außerhalb Irans ansässiges iranisches Unternehmen der Petrochemie.

Die Risikominimierung in beiden Fällen ist möglich. Im ersten Fall muss D vor allem dem BAFA nachweisen, dass die Pumpen überwiegend für „Nicht-Kraftstoff-Medien“ genutzt werden, damit sie nicht von Anhang VI erfasst sind, und bzgl. des CISADA muss er den Lieferwert entsprechend reduzieren. Im zweiten Fall muss D im Zweifel dem BAFA nachweisen können, dass V in Dubai weder im Eigentum

noch unter der direkten/indirekten Kontrolle des I im Iran steht. Ohne diese Nachweise besteht in beiden Fällen ein Lieferverbot.

Personenprüfungen: Insbesondere Fragen zur mittelbaren Bereitstellung

Die Ausfuhr eines Sinterofens:

D lieferte einen nicht betriebsfertigen Sinterofen an die nicht gelistete Firma I im Iran. D hatte Anhaltspunkte dafür, dass dieser Ofen von I für die Herstellung von Raketenteilen genutzt und diese an eine Rüstungsfirma im Iran weitergeliefert werden sollten. Tatsächlich wollte die I diese Raketenteile an die gelistete SHIG weiterliefern. Das OLG Düsseldorf fragte sich, ob es den D auch wegen Verstoßes gegen das mittelbare Bereitstellungsverbot nach Art. 16 Abs.3 oder das Umgehungsverbot nach Art. 16 Abs. 4 verurteilen dürfte. Daher legte es dem EuGH diese Frage vor.

Lösung:

Am 21.12.2011 entschied sich der EuGH für eine sehr weitgehende Auslegung der „mittelbaren Bereitstellung“. (Nach dem BAFA-Merkblatt Iran wird ein „mittelbares Bereitstellen“ dann angenommen, wenn ein gelistetes Unternehmen „beherrschenden Einfluss“ oder „anderweitige Sonderrechte“ am iranischen Kunden I ausübt. Ein „beherrschender Einfluss“ kann dann angenommen werden, wenn I mindestens 50% Anteile an V hält, während der BAFA-Terminus der „anderweitigen Sonderrechte“ sehr auslegungsbedürftig ist). Stattdessen stellte der EuGH darauf ab, ob I „im Namen, unter der Kontrolle oder auf Weisung“ der gelisteten Person gehandelt hat. Wegen der Regelung des Art. 32 Abs. 2, nach dem D nicht haftbar gemacht werden kann, wenn er nicht wusste oder keinen Grund zu der Annahme hatte, dass I an eine gelistete Person weiterliefert, formuliert der EuGH wie folgt: Sofern „triftige Gründe“ dafür vorliegen, dass der iranische Käufer möglicherweise „im Namen, unter der Kontrolle oder auf Weisung“ einer in den Anhängen VII oder VIII gelisteten Person handelt, kann selbst die Lieferung einer noch nicht verwendungsreifen Anlage an einen iranischen Käufer gegen das mittelbare Bereitstellungsverbot verstoßen.

U. E. hätte es näher gelegen, hier allenfalls einen Verstoß gegen das Umgehungsverbot des Art. 16 Abs. 4 anzunehmen. Denn D wird es maximal für möglich gehalten haben, dass seine Beteiligung an der Lieferung die Wirkung hat, dass eine gelistete Person Raketenteile erhält, und er wird dies billigend in Kauf genommen haben. Eine Möglichkeit ist, dieses Urteil mit den Besonderheiten des Falles zu erklären (D hatte immerhin Kenntnis, dass eine iranische Rüstungsfirma die Raketenteile von I erhalten sollte). Eine andere Möglichkeit besteht darin, die Entscheidung dahingehend auszulegen, dass es um eine generelle Verschärfung der Nachforschungspflicht geht.

Dann sind Risikominimierungsmaßnahmen gegen Weiterlieferungen (v. a. an gelistete Personen) erforderlich. Dies könnte weitgehende Auswirkungen für die EU-Exporteure haben. Für die obigen Fälle (Ausfuhren Pumpenteile/petrochemische Anlage) könnte es dazu führen, dass die D möglicherweise doch Nachforschungspflichten dafür hat, ob die V in VAE/Dubai „im Eigentum oder unter der direkten/indirekten Kontrolle“ eines iranischen Unternehmens steht. Zusätzlich sollte D darauf hinweisen, dass es rechtsstaatlich fragwürdig ist, wenn ein personenbezogenes Lieferverbot ohne Listung dieser Person ausgesprochen wird. Denn aus Art. 36 Abs. 2 lässt sich entnehmen, dass der EU-Gesetzgeber Listenpositionen erweitern muss, um ein Lieferverbot zu schaffen. Gemäß Art. 16 Abs. 2 a gilt dies auch für Personen, die im Eigentum oder unter der Kontrolle einer gelisteten Person stehen. Gegenüber dem BAFA könnte D einen Nachweis dafür verlangen, dass die Listung der I (wegen der Kontrolle durch die gelistete SHIG) auf Anhang VIII unmittelbar bevorsteht; erst dann erscheint ein Lieferverbot wegen „mittelbarer Bereitstellung“ rechtsstaatlich vertretbar.

Resümee: Steuerungsmöglichkeiten (trotz hoher Risiken) sowie aktuelle Entwicklungen

Die untersuchten Fälle unterstreichen deutlich, dass das Irangeschäft sowie das Geschäft mit Iran-Umgehungsländern noch fortgeführt werden kann, wenn genügend Bereitschaft besteht,

tatsächlich *sämtliche* Risiken zu minimieren. Dies kann durch schriftliche Dokumentation eigener Recherchen und Anwalts-Vermerke geschehen; für die Zollabfertigung dürfte es allerdings gut sein, wenn eine unverbindliche „Auskunft zum Außenwirtschaftsverkehr“ (früher: sonstige Auskunft) des BAFA der Gütersendung beigelegt wird. Nur wenn trotz eigener Recherchen noch hohe Risiken fortbestehen, sollte ein Nullbescheid bzw. eine Ausfuhrgenehmigung beantragt werden.

Anhand des Ausgangsfalls sowie des Pumpen- und Petrofalls wurde gezeigt, dass umfassende Güterprüfungen erforderlich sein können, wenn es um Güter geht, die im Kontext mit Nuklearverwendung, Erdöl, Petrochemie, Repressionsgut, Edelsteinen etc. stehen. Handelt es sich hingegen um „harmlose“ (also embargoferne) Dual-Use-Güter, kann sich die Prüfung (neben Anhängen II und IV) vor allem auf die Frage konzentrieren, ob Anhaltspunkte für eine sensitive Verwendung nach Art.4 Dual-Use-VO oder § 5 d AWV bestehen. Aber selbst bei „harmlosen“ Gütern sind immer die personenbezogenen Prüfungen durchzuführen, also vor allem, ob der Käufer und die sonstigen am Geschäft beteiligten Personen (inkl. aller Dienstleister) gelistet sind; dies kann mittels einer Exportsoftware geschehen. Die Fallabwandlung (das verflixte Gerät) zeigte auf, welche Prüfpflichten bestehen, falls das zu liefernde Gut US-Komponenten enthält. Der Pumpenfall ergänzte dies um Prüfungen nach CISADA.

Zusätzlich muss aber (vgl. den Sinterofenfall) geprüft werden, ob triftige Anhaltspunkte dafür bestehen, dass (1) der iranische Käufer „im Namen, unter der Kontrolle oder auf Weisung“ einer gelisteten Person handelt und dass (2) bei ihm oder sonstigen am Irangeschäft beteiligten Personen Proliferationsrisiken bestehen, während bei nicht-iranischen Käufern geprüft werden muss, ob er sich „im Eigentum oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle“ einer juristischen Person mit Sitz im Iran befindet (vgl. Pumpen- und Petrofall). Diese drei Prüfaufgaben können sehr zeitaufwändig sein, weil Nachforschungen erforderlich werden sowie Maßnahmen gegen unbefugte Weiterlieferungen.

Für alle Fälle gilt:

Es bestehen konkrete Steuerungsmöglichkeiten, um Risiken zu minimieren. Allerdings kann dies auch zu zeitaufwändigen Recherchen führen, etwa wenn es um die „mittelbare Bereitstellung“ geht.

Gerade die jüngste Verschärfung des Iran-Embargos verstärkt rechtsstaatliche Bedenken, weil immer mehr Güter einbezogen werden, die keinerlei Kontext mit der atomaren Bedrohung Irans haben. Dies dürfte auch gegen das WTO-Recht verstoßen; die EU riskiert damit, dass ihr bei einem möglichen Panel-Verfahren ein WTO-Verstoß wegen unverhältnismäßigen Embargos bescheinigt wird. Auch die Verwendung zahlreicher zu weitgehender Begriffe („mittelbare Bereitstellung“, „mittelbare Kontrolle“, evtl. das Erfassen rein-innerdeutscher Lieferungen) sowie die zunehmenden Klagen von gelisteten Unternehmen unterstreichen die z. T. fehlende Rechtsstaatlichkeit. Wir befürchten Legitimations- und Implementierungsdefizite. Quo vadis Iran-Embargo?

Weiterführende Hinweise:

- BAFA, Merkblatt zum Iran-Embargo, www.bafa.de
- EU-VO 961/2010 vom 25.10.2010, EU-ABl. L 281/1 ff (vgl. www.bafa.de)
- EU-VO 54/2012, EU-VO 56/2012 und GASP-Beschluss 2012/35, alle vom 23.01.2012, in: EU-ABl. L 19/1 ff vom 24.01.2012
- EuGH, Urteil vom 21.12.2011, C-72/11 (Vorlage Sinterofen durch OLG Düsseldorf, vgl. dessen Beschluss vom 18.02.2011 in der Strafsache Afrasabi u. a.)
- Bochern-Niedermeier, Ausweitung der US-Wirtschaftssanktionen gegen den Iran, *Geschafspraxis USA* 11/2010, S. 4 ff.
- Barowski, Die Arbeit der FATF aus Sicht des BAFA, *AW-Prax* 2010, S.185 ff
- Boer / Groba / Hohmann, *Praxis der US-Exportkontrolle*, Köln 2. Aufl. 2011
- Hohmann, Angemessene Auenhandelsfreiheit im Vergleich: Die Exportpraxis der USA, der EG und Japans (Reihe: *Ius Publicum* Band 89), Tübingen 2002

- ders., Deutsche Unternehmen und das Iran-Embargo der USA, *AW-Prax Sonderheft Exportsoftware* 2009, S. 31 ff.
- ders., Exportkontrollrecht: Risiken beim Iran-Export, in: *ExportManager* 1/2010, S. 16 f. (www.exportmanager-online.de)
- ders., Embargo gegen die l- und Gasindustrie des Iran, in: *ExportManager* 9/2010, S. 21ff.
- ders., Die hohen Risiken des Iran-Embargos nach EG- und US-Exportrecht, in: *FAZ Jahrbuch Auenwirtschaft* 2009, S. 106 ff.
- ders., Iran-Embargo: Neue Anforderungen und neue Beratungsfälle, *AW-Prax* 2010, S. 364 ff.
- Hohmann/Ahmad, Wichtige Rechtsfragen zum Iran-Embargo der EU, in: *ExportManager* 6/2010, S. 17 ff.

- dies., Auswirkungen des Ratsbeschlusses vom 26.07.2011 auf die Exportpraxis, in: *FAZ Jahrbuch Auenwirtschaft* 2011, S. 110 ff.
- Lutz, Überblick über die neue Iran-Embargo-VO, *AW-Prax* 2010, 461 ff.
- Müller, Verschärfung der Iran-Sanktionen der EU, in: *ExportManager* 7/2010, S. 23 ff.
- Rothbone/Rydelski, Erweiterung der US-Sanktionen gegen den Iran, in: *US-Exportbestimmungen* 10/2010, S.146 ff.
- Röhrig, Roundtable Iran-Embargo, in: *ExportManager* 1/2011, S. 9 f.
- Sachs/Thoms, Interpretatio delectat?, *AW-Prax* 2010, S. 393 ff.



Die neue ICC-Schiedsgerichtsordnung



Von Klaus Vorperl, Gau-Bickelheim. Der Autor ist Rechtsanwalt und als Banksyndikus tätig

Die Schiedsgerichtsbarkeit der Internationalen Handelskammer (ICC) spielt im internationalen Wirtschaftsleben eine wichtige Rolle. Seit dem 1.1.2012 gilt eine überarbeitete Fassung der ICC-Schiedsgerichtsordnung. Nachfolgend werden die wesentlichen Änderungen dargestellt, die sich aus der neuen ICC-Schiedsgerichtsordnung für die Praxis ergeben.

INHALT

- Einleitung
- Schnelligkeit eines ICC-Schiedsverfahrens und Kostenreduzierung
- Eilschiedsverfahren
- Zunehmende Komplexität und Verschiedenartigkeit von Streitigkeiten
- Effiziente Verfahrensmanagementtechniken
- Kosten eines ICC-Schiedsverfahrens
- Sonstiges

Einleitung

Die Schiedsgerichtsbarkeit der Internationalen Handelskammer (ICC) spielt im internationalen Wirtschaftsleben

eine besonders wichtige Rolle. Die steigende Anzahl von Schiedsverfahren und die Ansprüche der Wirtschaft, bei internationalen Handels- und Wirtschaftsstreitigkeiten effiziente Schiedsverfahren schnell und mit möglichst geringem Kostenaufwand durchzuführen, haben dazu geführt, dass die ICC-Schiedsgerichtsordnung einer Revision unterzogen wurde.

Die überarbeitete Fassung gilt seit dem 1.1.2012. Mit der Revision der ICC-Schiedsgerichtsordnung verfolgt die ICC das Ziel, das Verfahren zu beschleunigen und noch effizienter zu gestalten, womit gleichzeitig auch der Zweck der Kostenreduzierung verfolgt wird. Die Änderungen in der ICC-Schiedsgerichtsordnung sind nicht revolutionär, sondern evolutionär und